



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Plenarsitzungsdokument

A7-0256/2010

30.9.2010

*****I**

BERICHT

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (KOM(2010)0256 – C7-0134/2010 – 2010/0137(COD))

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Berichterstatlerin: Tanja Fajon

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
- *** Verfahren der Zustimmung
- ***I Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung)
- ***II Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)
- ***III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Rahmen des Entwurfs eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Gesetzgebungsakts

In den Änderungsanträgen des Parlaments werden die Änderungen am Entwurf eines Gesetzgebungsakts durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen, dass für diese Teile des Entwurfs eines Gesetzgebungsakts im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise wenn Textteile in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

Der Kopftext zu dem gesamten Änderungsantrag zu einem bestehenden Rechtsakt, der durch den Entwurf eines Gesetzgebungsakts geändert werden soll, umfasst auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden. Textteile, die aus einer Bestimmung eines bestehenden Rechtsakts übernommen sind, die das Parlament ändern will, obwohl sie im Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht geändert ist, werden durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden wie folgt gekennzeichnet: [...].

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	5
BEGRÜNDUNG	6
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN	8
VERFAHREN	11

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

**zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
(KOM(2010)0256 – C7-0134/2010 – 2010/0137(COD))**

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2010)0256),
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe a des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C7-0134/2010),
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
 - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie der Stellungnahme des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A7-0256/2010),
1. legt seinen Standpunkt in erster Lesung fest, indem es den Vorschlag der Kommission übernimmt;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Die Europäische Union unterstützt nachdrücklich die Aufhebung der Visumpflicht für alle Staaten des westlichen Balkans. Der Prozess der Wiedervereinigung von Menschen unseres Kontinents wird so lange nicht abgeschlossen sein, wie nicht alle Europäer in der Lage sind, ungehindert in die Europäische Union zu reisen. Die Visumpflicht hat die Bürger der Staaten des westlichen Balkans zu lange isoliert.

Die Aufhebung der Visumpflicht für die Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegros und Serbiens im Dezember 2009 war ein wichtiger Schritt zu ihrer europäischen Integration und bewies, dass die Länder der Region fähig sind, die notwendigen Reformen durchzuführen. Eine Regelung für visumfreies Reisen ist von großer Bedeutung im Leben der Menschen, da sie die zwischenmenschlichen Kontakte fördert und die Verwirklichung der Idee von der Freizügigkeit als einem der Grundrechte in Europa mit darstellt.

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um visumfreies Reisen für Bosnien und Herzegowina sowie Albanien so bald wie möglich zu erzielen. Wir sollten dabei bedenken, dass wir nach dem Zerfall Jugoslawiens, nachdem grausame Kriege die Region geteilt und sehr tiefe Wunden in den Köpfen und Herzen der Menschen hinterlassen haben und nachdem Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten aus der Region geflüchtet sind, eine junge Generation heranwachsen sehen, die abgeschnitten ist von der einigenden und wohlhabenden Union. Wollen wir wirklich die Tür für unsere engen Nachbarn, für die Länder, die ihr Bestes geben, um uns zu gefallen, verschlossen halten? Wir entscheiden nicht über Arbeitsplätze oder Aufenthaltsrechte, sondern über ein grundlegendes Recht künftiger EU-Bürger, ungehindert in die Union einzureisen.

Bosnien und Herzegowina sowie Albanien haben in den letzten paar Monaten wichtige Fortschritte erzielt, nachdem die Kommission vergangenen Juli beschlossen hatte, dass sie nicht für eine Visa-Liberalisierung infrage kommen. Indem wir nur einige Nationen belohnen, besteht immer das Risiko, die Region zu destabilisieren und die politischen und ethnischen Puzzlestücke in noch kleinere Teile zu schneiden. Deshalb ist es wichtig, nicht zu viel Zeit zu verlieren. Ihre Regierungen haben in den letzten paar Monaten hart gearbeitet, damit sie ihre eigenen Fehler und Verzögerungen korrigieren und die gleiche Qualität wie ihre Nachbarländer liefern konnten.

Ich unterstütze den Vorschlag der Kommission vom Mai zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001, in dem der Fortschritt beim Dialog über Visa-Liberalisierung mit Albanien sowie Bosnien und Herzegowina während der letzten paar Monate berücksichtigt und die Überführung dieser beiden Länder von Anhang I (Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten im Besitz eines Visums sein müssen) in Anhang II (Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind) vorgeschlagen wird. In meinem Berichtsentwurf sehe ich keine Notwendigkeit für Änderungen, da ich möchte, dass der Prozess im Europäischen Parlament reibungslos und rasch fortschreitet.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Europäische Parlament angesichts der Zusage des Rates und des Parlaments in ihrer gemeinsamen Erklärung von November 2009, nach der sie „den Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 in Bezug auf Albanien sowie

Bosnien und Herzegowina vordringlich prüfen“ werden, alle notwendigen Schritte unternimmt, um den Vorschlag der Kommission so rasch wie möglich zu behandeln, und ich gebe meiner starken Hoffnung Ausdruck, dass der Rat ebenfalls das gleiche Ziel anstrebt.

Wenn die Europäische Union beiden Ländern, insbesondere Bosnien und Herzegowina, versichert, dass sie für sie in naher Zukunft – bis Anfang Herbst 2010 – die Visumpflicht abschafft, würde dies die Gefahr von noch größerer rechtlicher und politischer Instabilität verringern, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region stärken und für mehr Unterstützung für die EU und die Aussicht auf eine europäische Integration in der Bevölkerung sorgen, den Horizont der Menschen erweitern und anti-europäischen und extremistischen Kräften entgegenwirken.

Kosovo bereitet weiterhin große Sorgen. Es ist der einzige Teil der westlichen Balkanländer, der völlig vom Prozess der Liberalisierung der Visabestimmungen ausgeschlossen ist. Es gibt nicht einmal eine Aussicht auf Gespräche. Dies ist natürlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass unter den Mitgliedstaaten Uneinigkeit in Bezug auf die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo besteht. Die politische Komplexität des Problems ist zwar verständlich, doch sollten die Menschen im Kosovo nicht in einem schwarzen Loch zurückgelassen werden, das durch diese Meinungsverschiedenheiten entstanden ist. Ich glaube, dass das Parlament Druck sowohl auf die Kommission als auch auf den Rat ausüben sollte, um einen Weg zu finden, um mit dem Kosovo so bald wie möglich in einen Prozess der Liberalisierung der Visabestimmungen einzutreten. Dies wird erforderliche Strukturreformen voranbringen.

Die Europäische Union trifft eine politische Verantwortung zur Durchführung dieses Prozesses. Es ist paradox, dass wir mehr als 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer immer noch „Visa-Mauern“ in unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben. Noch paradoxer ist, dass die Menschen dort vor noch nicht einmal 20 Jahren ungehindert reisen konnten. Wenn wir unsere Bürger auf unserem Kontinent vereinen wollen, müssen insbesondere junge Menschen in der Lage sein zu reisen. Sie müssen die Chance haben, ihre Freunde oder Familien im Ausland zu besuchen und zu studieren. Die Visa-Liberalisierung hat eine bedeutende psychologische Wirkung in den Köpfen der Menschen. Und hierbei reden wir nicht über Politiker, Geschäftsleute oder Menschen mit Geld. Die finden Wege, außerhalb ihrer Länder zu reisen. Unsere Sorge gilt Studierenden und Menschen, die noch heute in langen Schlangen vor den Konsulaten stehen. Alle beteiligten Parteien sind dafür verantwortlich, dass der Prozess der Liberalisierung der Visabestimmungen für die westlichen Balkanländer zum Abschluss gebracht wird, denn die unmittelbare Wirkung, die dies auf die Lebensqualität der Bürger hat, wird dazu beitragen, die Institutionen des Staates und der Regierung sowie die Politiker in ihren Bemühungen zu unterstützen, die auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der EU notwendigen Reformen in Angriff zu nehmen.

7.9.2010

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (KOM(2010)0256 – C7-0134/2010 – 2010/0137(COD))

Verfasserin der Stellungnahme: Sarah Ludford

KURZE BEGRÜNDUNG

Das Europäische Parlament hat konsequent die Liberalisierung der Visabestimmungen für die Länder des westlichen Balkans gefordert. Diese Bestimmungen sind nie ihrem Ziel gerecht geworden, Verbrechernetzwerke am Überschreiten der Grenzen zu hindern; vielmehr haben sie den „normalen“ Menschen in der Balkanregion geschadet, da sie ihnen die Möglichkeit vorenthalten, mit eigenen Augen zu sehen, wofür die Europäische Union steht, und persönliche und berufliche Kontakte zu Menschen in den Mitgliedstaaten der EU zu knüpfen.

Am 19. Dezember 2009 erhielten drei Länder – Serbien, Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – visumfreien Zugang zur EU. Albanien und Bosnien und Herzegowina waren von dem ursprünglichen Vorschlag ausgeklammert, haben jedoch in letzter Zeit beträchtliche Anstrengungen unternommen, um die Vorgaben zu erfüllen, aufgrund derer sie dieselben Befreiungen in Anspruch nehmen können. Der vorliegende Vorschlag zur Liberalisierung der Visabestimmungen für diese Länder erkennt diese Fortschritte an und ist ein wichtiger Schritt für die Ausdehnung des visumfreien Zugangs auf die gesamte Region.

Dieser Prozess sollte mit dem vorliegenden Vorschlag nicht enden. Die Bürger des Kosovo sollten sich nicht isoliert fühlen als das einzige Volk des westlichen Balkans, das nicht in der Lage ist, frei zu reisen, sondern eine Visaerleichterung und schlussendlich eine Visaliberalisierung sollten auch auf dieses Land ausgedehnt werden. Die Kommission sollte

daher den Visadialog mit dem Kosovo aufnehmen, damit die Visabestimmungen gelockert werden können, sobald von offizieller Seite alle Vorgaben erfüllt sind.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, die Billigung des Vorschlags der Kommission vorzuschlagen.

VERFAHREN

Titel	Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	KOM(2010)0256 – C7-0134/2010 – 2010/0137(COD)
Federführender Ausschuss	LIBE
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 15.6.2010
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Baroness Sarah Ludford 23.6.2010
Prüfung im Ausschuss	6.9.2010
Datum der Annahme	6.9.2010
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 41 –: 2 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gabriele Albertini, Sir Robert Atkins, Dominique Baudis, Bastiaan Belder, Frieda Brepoels, Arnaud Danjean, Marietta Giannakou, Ana Gomes, Andrzej Grzyb, Heidi Hautala, Anneli Jäätteenmäki, Jelko Kacin, Ioannis Kasoulides, Tunne Kelam, Maria Eleni Koppa, Andrey Kovatchev, Barry Madlener, Kyriakos Mavronikolas, Alexander Mirsky, Annemie Neyts-Uyttebroeck, Raimon Obiols, Kristiina Ojuland, Pier Antonio Panzeri, Alojz Peterle, Bernd Posselt, Hans-Gert Pötering, Cristian Dan Preda, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Jacek Saryusz-Wolski, Werner Schulz, Adrian Severin, Marek Siwiec, Hannes Swoboda, Charles Tannock, Geoffrey Van Orden, Graham Watson
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Emine Bozkurt, Reinhard Bütikofer, Lorenzo Fontana, Roberto Gualtieri, Baroness Sarah Ludford, Nadezhda Neynsky, Doris Pack, György Schöpflin, Dominique Vlasto
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Filip Kaczmarek

VERFAHREN

Titel	Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind			
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	KOM(2010)0256 – C7-0134/2010 – 2010/0137(COD)			
Datum der Übermittlung an das EP	27.5.2010			
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE 15.6.2010			
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 15.6.2010			
Berichterstatter(in/innen) Datum der Benennung	Tanja Fajon 10.6.2010			
Prüfung im Ausschuss	23.6.2010	13.7.2010	2.9.2010	28.9.2010
Datum der Annahme	28.9.2010			
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 49 -: 2 0: 0			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jan Philipp Albrecht, Roberta Angelilli, Vilija Blinkevičiūtė, Rita Borsellino, Emine Bozkurt, Simon Busuttil, Philip Claeys, Carlos Coelho, Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Cornelia Ernst, Tanja Fajon, Hélène Flautre, Kinga Gál, Kinga Göncz, Sylvie Guillaume, Ágnes Hankiss, Anna Hedh, Salvatore Iacolino, Sophia in 't Veld, Livia Járóka, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Timothy Kirkhope, Juan Fernando López Aguilar, Baroness Sarah Ludford, Clemente Mastella, Véronique Mathieu, Nuno Melo, Louis Michel, Claude Moraes, Jan Mulder, Georgios Papanikolaou, Carmen Romero López, Judith Sargentini, Birgit Sippel, Csaba Sógor, Rui Tavares, Valdemar Tomaševski, Wim van de Camp, Daniël van der Stoep, Axel Voss			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Alexander Alvaro, Edit Bauer, Anna Maria Corazza Bildt, Ioan Enciu, Stanimir Ilchev, Iliana Malinova Iotova, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Jean Lambert, Petru Constantin Luhan, Mariya Nedelcheva, Cecilia Wikström			
Datum der Einreichung	30.9.2010			